

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Deutscher Bibliotheksverband (dbv) – Landesverband Berlin

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078
02 DEUTDEDB110

Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein zur AGH-Wahl 2026

Berlin, den 10.08.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlkompass einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre Fragen.

Wird Ihre Partei einen Antrag zur Schaffung eines Berliner Bibliotheksgesetzes einbringen? Wenn ja: Wie zeitlich prioritär werden Sie das tun?

Der Berliner Senat hatte sich für die laufende Legislaturperiode die Erarbeitung eines Bibliotheksgesetzes zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel wurde bisher verfehlt. Zwar gibt es schon seit langem einen Referentenentwurf, der uns aber als Dokument noch nicht vorliegt. Wie wir erfuhren, soll in der letzten Sitzung des Kulturausschusses in dieser Legislatur ein Antrag der Koalitions-fraktionen zum Bibliotheksgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werden, der uns aber ebenfalls zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorliegt. Ob es noch zu einer Beschlussfassung kommt, ist unklar. Das ist angesichts der Tatsache, dass die meisten Bundesländer bereits über ein solches Gesetz verfügen und Bibliotheken zu den wichtigsten Dritten Orten der Metropole Berlin zählen, ein sehr bedauerliches Armutszeugnis. Sollte es nicht mehr zu einer Beschlussfassung vor der Wahl kommen, wird es also an der nächsten

Landesregierung liegen, zügig und prioritär ein Bibliotheksgesetz nicht nur auf den Weg zu bringen, sondern auch zu beschließen. Dafür werden wir uns – egal, ob als Opposition oder in einer Koalition – mit den entsprechenden parlamentarischen Initiativen einsetzen.

Stimmen Sie den Forderungen der Enquete-Kommission zu und wollen Sie die durch die Öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?

Ja. In den Eckpunkten „Ein Bibliotheksgesetz für Berlin“ (Juni 2023) steht explizit: „Das Gesetz verankert die an fachlichen Mindeststandards orientierte Unterhaltung öffentlicher Bibliotheken als eine Pflichtaufgabe des Landes Berlin und seiner Bezirke“. Dahinter kann und darf niemand zurück. Zugleich hängt es natürlich von den Inhalten eines hoffentlich bald beschlossenen Bibliotheksgesetzes ab, ob dieses Gesetz dann auch ausreichend inhaltliche Parameter enthält und absteckt, die eine solche Pflichtaufgabe mit konkreten Mindeststandards unterlegt, die Aufgaben des Landes und der Bezirke klar umreißt und ausreichende finanzielle Vorsorge verpflichtend macht. Auch hier sei auf das in den Eckpunkten formulierte Ziel verwiesen, „Bibliotheken als wichtige Kultur- und Bildungseinrichtungen, die als einzige Einrichtungsart im Spektrum der Bildungs- und Kulturinfrastruktur alle Berlinerinnen und Berliner gleichermaßen adressiert“, von konjunkturellen Schwankungen zu entkoppeln und Planungssicherheit für die Erfüllung ihrer umfangreichen Aufgaben zu schaffen.

Berlin hat einmal beschlossen, dass ein Flächenrichtwert von 600 Quadratmeter Bibliotheksfläche pro 10.000 Einwohnende gelten soll. Demzufolge fehlen Bibliotheksstandorte und es fehlt ein Ort für eine Zentrale Landesbibliothek mit ausreichend Platz für alle, die es möchten, brauchen und nutzen. Für Die Linke ist es eine prioritäre Aufgabe, das anvisierte Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und alles, was möglich ist, dafür zu tun, dass es mittel- und langfristig erreicht wird.

Welche konkreten Leistungen und Standards sollte aus Ihrer Sicht ein solches Bibliotheksgesetz, auch in Abstimmung mit dem Bibliotheksentwicklungsplan von Berlin, beinhalten?

Verbindliche fachliche Standards innerhalb des Landes Berlin sind notwendig, um flächendeckend Qualität auf hohem Niveau zu sichern. Sie müssen personelle, räumliche und sachliche Standards umfassen und zugleich einen Entwicklungspfad hin zu einer noch besseren Bibliothekslandschaft enthalten. Stichworte sind hier digitale Teilhabe, Sanierung, Ausbau und Ertüchtigung vorhandener Standorte, Barrierefreiheit, ausreichende personelle Ausstattung, moderne Informations- und Medienversorgung, Möglichkeitsräume für die „Bibliothek der Dinge“ und aus-

reichende Ausstattung, um den Auftrag, die Lese- und Informationskompetenz sowie das lebenslange Lernen zu fördern und zu ermöglichen, erfüllen zu können.

Wir stimmen der Forderung des dbv zu, dass ein Bibliotheksgesetz die Voraussetzungen in Ausstattung und Finanzierung schaffen muss, die für eine Versorgung an sieben Tagen der Woche auskömmlich ist und demzufolge auch eine Versorgung mit Bibliotheksangeboten an Sonntagen sicherstellt. Ebenso sollte ein Bibliotheksgesetz Nachhaltigkeitsstandards festschreiben.

Entwicklung der Berliner Öffentlichen Bibliotheken

Wie bewerten Sie die Umsetzung dieses Konzeptes?

Angesichts der Tatsache, dass die Koalition ihr Vorhaben, ein Bibliotheksgesetz zu beschließen, bisher nicht umgesetzt hat, eine historische einmalige Chance, der ZLB in der Friedrichstraße (Galerie Lafayette) einen Ort für die Zukunft zu sichern, durch Zögern und Inkompetenz nicht nutzte, die Flächen- und Personalausstattung der Bibliotheken weiterhin unzureichend ist und der von 1990-2001 stattgefundene Aderlass beim Bibliotheksbestand nicht kompensiert werden konnte, muss die Umsetzung als mangelhaft eingeschätzt werden.

Befürwortet Ihre Partei eine Fortschreibung dieses Konzeptes?

Wie jedes Konzept wird es seine sehr gute Qualität und Aussagekraft nur halten können, wenn es fortgeschrieben wird. Berlin wächst, die Gefährdungen der Demokratie werden größer, die durch die ungelöste Frage eines ZLB-Standortes entstehenden Probleme kumulieren sich, die Bedeutung Dritter Orte und deren Angebote wachsen ebenfalls. Über die Inhalte einer Fortschreibung des Konzeptes sollten Politik, Verwaltung gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Bibliotheken, bzw. deren Interessenvertretung reden.

Welche Rolle sprechen Sie Zielvereinbarungen zwischen Land und Bezirken zur Umsetzung zu?

In einer so großen Stadt mit zwölf Bezirken, die je eine Großstadt verkörpern, sind Zielvereinbarungen zur gesamtstädtischen Steuerung der Öffentlichen Bibliotheken von immenser Bedeutung und geboten.

Steht Ihre Partei hinter diesem Konzept und wollen Sie, dass das noch nicht Erreichte verwirklicht wird?

Ja und ja.

Ein gemeinsames Haus für die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB)

Wie bewerten Sie die Arbeit der ZLB?

Sie leistet eine hervorragende Arbeit und einen wirklich großen Beitrag zu kultureller Bildung und Teilhabe, für Demokratie und Zusammenhalt. Das lässt sich natürlich an vielen Zahlen festmachen (Besucher*innen, Veranstaltungen...), aber die allein reichen nicht, den inhaltlichen Wert dieser Einrichtung ausreichend auszudrücken. Die ZLB ist ein Ort für alle Berlinerinnen und Berliner, auch wenn ihr guter Ruf weit über Berlin hinausreicht. Viele nutzen sie und wissen sie zu schätzen.

Angesichts des zunehmenden Verlustes frei zugänglicher öffentlicher Räume steigt der Bedarf der Menschen an Räumen bzw. Orten, an denen sie sich aufhalten, begegnen und die Vielfalt der Stadtgesellschaft erleben können. Und das, ohne dafür Geld bezahlen zu müssen. Öffentliche Bibliotheken, die sich mit ihrem Medien- und Programmangebot an alle Bevölkerungsgruppen richten und schon immer neben Orten der Information auch Orte des Lesens und Lernens waren, nehmen seit einigen Jahren mit großer Selbstverständlichkeit diese Funktion eines Dritten Ortes ein – eines Ortes, der neben dem eigenen Zuhause und dem Lern- oder Arbeitsort ein bevorzugter, von Konsumzwang freier Aufenthaltsort ist.

Welche Gründe sehen Sie für eine Zusammenführung der beiden Standorte der ZLB?

Sagen wir es mal andersherum: Es gibt nicht einen einzigen Grund, der gegen eine Zusammenführung spricht, stattdessen sehr viele gute und davon einige zwingende Gründe, einen Standort mit Strahlkraft und Potenzial auch für die Zukunft zu haben.

Konkret verlangen natürlich der marode Zustand beider Häuser, sowie der nicht ausreichende Platz nach der Lösung eines gemeinsamen Standortes. Noch mehr Havarien, wie den Regenwassereinbruch im Jahr 2025, sollte die Einrichtung nicht durchstehen müssen.

Die ZLB muss zudem ihren landesbibliothekarischen Aufgaben gerecht werden können. Der dbv verweist zu Recht darauf, dass dies auch die konservatorisch korrekte Magazinierung, der bei ihr verwahrten Kulturgüter betrifft.

Setzen Sie sich dafür ein, dass dieses Ziel endlich verwirklicht wird und wie prioritär wollen Sie es verwirklichen?

Wir haben uns für eine Lösung in der Friedrichstraße stark gemacht und mussten erleben, dass diese Chance ungenutzt blieb. Ein neuer Standort für die ZLB muss gefunden werden, und das darf nicht auf die lange Bank

geschoben werden. Wir haben als Oppositionspartei keine Kenntnis über den Stand der Verhandlungen mit dem Eigentümer des Standortes Alexanderplatz Commerz Real. Klar aber ist, die Summe, über die da verhandelt wird, liegt über dem einst für die Galeria Lafayette aufgerufenen Preis. Das Zögern und Zaudern machen die ganze Sache also auf jeden Fall teurer, als sie hätte sein müssen. Und klar ist auch: Aus dem Kernhaushalt lässt sich – egal, wie der Preis lautet – ein solches Vorhaben nicht finanzieren. Eine Lösung, wie das zu bewerkstelligen wäre, muss gefunden werden. Für uns hat das hohe Priorität und ist – dieses Wort sei ausnahmsweise gestattet – alternativlos.

Wie stehen Sie zur Verwirklichung dieses Ziels am Ort der Galeria am Alexanderplatz?

Das vorgelegte Visionspapier für eine ZLB am Alexanderplatz ist sehr überzeugend. Der Ort selbst kann durch eine solche Ansiedlung nur gewinnen, bzw. verlöre seinen Charakter als Platz, den es entweder schnell zu überqueren oder für den Konsum zu nutzen gilt. Wir stehen der Idee also sehr positiv gegenüber und werden uns dafür einsetzen, dass sie Realität wird.

Sonntagsöffnung auch für Bibliotheken möglich machen

Ist Ihre Partei dafür, die Sonntagsöffnung für Berliner öffentliche Bibliotheken mit vollem Service zu ermöglichen und warum?

Die Linke Berlin ist dafür, dass die öffentlichen Bibliotheken Berlins an Sonntagen öffnen können, ohne mit kleinen „Tricks“, wie Veranstaltungen, die eine Öffnung rechtfertigen, arbeiten zu müssen. Selbstverständlich müssen die Bibliotheken dafür personell aufgestellt werden, so dass es nicht zu einer Arbeitsverdichtung oder verdeckten Arbeitszeitverlängerung kommt. Das bildet sich gegenwärtig noch nicht ab, dafür muss noch einiges getan werden.

Schulbibliotheken

Wie wollen Sie in der kommenden Legislatur sicherstellen, dass Schulbibliotheken in Berlin dauerhaft mit ausreichenden Mitteln für Medien, Räume und digitale Infrastruktur ausgestattet werden und perspektivisch über qualifiziertes Personal verfügen – insbesondere an Schulen in sozial herausfordernden Lagen?

Es gibt in Berlin rund 350 Schulbibliotheken (die letzte Erfassung aus dem Jahr 2021 kam auf 354). Ungefähr zwei Drittel der Berliner Schulen verfügen also über eine Schulbibliothek. Allerdings ist die Datenlage über Ausstattung und Räume, Öffnungszeiten und Angebot sehr gering. Für jede Schule, die über eine Bibliothek verfügt, werden rund 1000 Euro jährlich für Medien-

beschaffung zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken Berlin-Brandenburg stellt fest, dass selbst für eine Schule mit einem kleinen Bestand von rund 4000 Medien das Doppelte nötig wäre. Deshalb sind viele auf Spenden angewiesen.

Schulbibliotheken sind wichtige Orte, weil sie da zu finden sind, wo sich Kinder und Jugendliche wochentäglich lange aufhalten, weil sie den Besuch einer Bibliothek zu einem Bedürfnis und einer Selbstverständlichkeit werden lassen, Bildungsorte und im besten Fall Orte für Zusammenkommen, aber auch Ruhe und Kontemplation sein können.

— Bislang haben Schulbibliotheken keinen Bestandsschutz, wie das Beispiel der Eduard Möricke Grundschule zeigte, in der die Bibliothek der heimatlos gewordenen Jugendkunstschule weichen musste, bevor dann mit viel Mühe ein anderer Raum gefunden wurde. Für uns ist ein Ziel, dass jede Schule über eine Schulbibliothek verfügt und Bestandsschutz gewährleistet ist.

— Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention wurde der Zugang zu kindgerechten Medien und Informationen Bundesgesetz. Ohne Schulbibliotheken lässt sich dieser Auftrag nicht erfüllen, vor allem dort nicht, wo die sozialen Lagen herausfordernd und schwierig sind, wo Schulen oft auffangen müssen, was aufgrund prekärer Verhältnisse in häuslicher Umgebung nicht geleistet werden kann.

Es ist gut, sich daran zu erinnern, dass öffentliche Bibliotheken einst aus Schulbibliotheken hervorgegangen sind.

— Natürlich brauchen Schulbibliotheken, so es sie gibt, um ihr Potenzial entfalten zu können, medienpädagogisch gebildetes Personal. Nach Aussagen der Arbeitsgemeinschaft haben aber weniger als ein Siebtel der Berliner Schulbibliotheken Angestellte, die in den meisten Fällen über ein Bonusprogramm oder das Jobcenter finanziert werden. Oft erledigen engagierte Lehrkräfte oder Eltern die Arbeit.

— Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich daran etwas zum Besseren ändert. Vor allem in Ganztagschulen wäre es im ersten Schritt dringend geboten, für eine ausreichend gute Versorgung mit Schulbibliotheken und entsprechend ausreichendem Personal zu sorgen.

Welche konkreten Schritte planen Sie, um die Zusammenarbeit von Schulbibliotheken und Öffentlichen Bibliotheken zu stärken und Schulbibliotheken verbindlich in Bildungs- und Bibliotheksentwicklungsplanung sowie Gremien einzubeziehen?

Die Zeiten haben sich geändert, die meisten Schüler*innen haben Smartphones und/oder Tablets, die Aufmerksamkeitsspanne sinkt, digitale

Endgeräte schlagen Bücher, um die Lesekompetenz ist es bei vielen Kindern und Jugendlichen nicht gut bestellt. Hier ein kluges Gegengewicht zu schaffen, verlangt, dass die 2005 getroffene Entscheidung, die Schulbibliotheken aus den öffentlichen Bibliotheken und deren Finanzierung auszugliedern überdacht und ggf. rückgängig gemacht wird.

Themenfeld „Open Research“

Die AG Landesinitiative Open Research Berlin, mit Vertretern der Wissenschafts- und Kulturerbe-Einrichtungen, bereitet eine Open-Research-Strategie vor, die in den politischen Diskussionsprozess eingebracht werden soll. Werden Sie die Verabschiedung und die anschließende Umsetzung der Open-Research-Strategie aktiv unterstützen?

Wir begrüßen die Einsetzung der Arbeitsgruppe und werden uns nach Prüfung der von ihr erarbeiteten Vorschläge für eine Open-Research-Strategie gemeinsam mit jenen, die diese Strategie dann maßgeblich umzusetzen haben, über möglicherweise notwendige Ergänzungen oder Änderungen verständigen. Und natürlich unterstützen wir dann auch die Verabschiedung und Umsetzung einer solchen Strategie.

Welche strukturellen, regulatorischen oder finanziellen Maßnahmen zur Förderung von Informationsinfrastrukturen beabsichtigen Sie zu treffen?

Werden Sie den Wissenschafts- und Kulturerbe-Einrichtungen Mittel zur Bewältigung der Open-Access-Transformation in Form einer echten Zusatzfinanzierung bereitstellen?

Diese beiden Fragen lassen sich erst seriös beantworten, wenn unsere Rolle in der künftigen Legislatur feststeht. Sicher werden wir uns sowohl aus der Opposition als auch als Teil einer Koalition dafür einsetzen, dass für die Umsetzung der Strategie die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Wie schnell und in welchem Umfang das gelingen kann, lässt sich zu diesem Zeitpunkt nicht seriös sagen.

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin